



Niederschrift 40. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 27.04.2023
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:55 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Timo Reimann SPD

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Leon Troche	SPD	anwesend bis 19:00 Uhr
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend bis 19:48 Uhr
Herr Matthias Kaiser	CDU	
Frau Annina Beck	DIE aNDERE	
Frau Katharina Tietz	anerkannte freie Träger	
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	
Frau Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannte freie Träger	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Sebastian Olbrich AfD

beratende Mitglieder

Herr Ron Bulgrin	Jugendvertreter	
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat	
Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	anwesend ab 16:45 Uhr

Fach-/Bereichsleitende

Herr Robert Pfeiffer Fachbereichsleitung 23

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Chaled-Uwe Said AfD entschuldigt

Frau Madeleine Floiger
Frau Ute Parthum

Freie Demokraten
anerkannte freie Träger

nicht entschuldigt
entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Eva Thäle

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
16.03.2023
- 3 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters
aus dem Kreisschülerrat
- 4 Informationen des Jugendamtes
- 4.1 Vorstellung Jugendberufsagentur
- 4.2 Kinderschutzbericht - Präsentation zum Berichtsjahr 2023
- 4.3 Botschaft des Landes – Schrittweise Fortsetzung der Kita-Rechtsreform
- 4.4 Ausstellung „Bildungsarbeit in Kitas“ im MBSJ
- 5 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Evaluationsbericht Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Frauen und
besonders Schutzbedürftiger vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für
Geflüchtete der LHP
Vorlage: 23/SVV/0061
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.03.2023**

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **12 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Reimann beginnt mit Festlegungen zur Tagesordnung. Herr Pfeiffer will etwas zum Thema Krisendienst sagen, da dies im Unterausschuss Jugendhilfeplanung gewünscht wurde. Dies passt ergänzend zum TOP 4.2 und kann 4.2.b werden.

Es gibt keinen weiteren Redebedarf seitens der Anwesenden zur Tagesordnung. Der Ausschussvorsitzende bittet um die Abstimmung über die Tagesordnung.

Sie wird einstimmig angenommen.

Die Niederschrift zur Sitzung vom 16.03.2023 liegt noch nicht vor. Sie wird nachgereicht und kann dann in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

zu 3 **Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat**

Ron Bulgrin berichtet, dass vor 5 Wochen eine Veranstaltung des Kreisschülerrates (KSR) zum Öffentlichen Nahverkehr stattfand. Mit dabei waren viele Kinder und auch Frau Buhr sowie das Kinder- und Jugendbüro. Es wurden Argumente für und gegen die Planungen vorgebracht. Außerdem hatten die Kinder und Jugendlichen Hinweise für Änderungen gegeben. Der Wunsch nach kostenfreier Nutzung der Öffentlichen Nahverkehrsmittel wurde im Diskurs als nicht realisierbar dargestellt.

Der Kreisschülerrat hat nicht getagt.

zu 4 **Informationen des Jugendamtes**

zu 4.1 **Vorstellung Jugendberufsagentur**

Da Herr Schmidt als Fachbereichsmitglied in der Jugendberufsagentur (JBA) erkrankt ist, trägt Herr Pfeiffer Fakten mit Unterstützung einer Powerpointpräsentation (PPP) vor (**Anlage 1**). Die JBA besteht aus vier Partnern (Staatliches Schulamt, Jobcenter, Arbeitsagentur und Jugendamt), welche der Einladung des Jugendhilfeausschusses nicht folgten. Die Kooperation mit der JBA läuft bereits seit 5 Jahren und ist im Horstweg verortet. Die weiteren konkreten Inhalte sind in der PPP nachvollziehbar.

Rückfragen: Einige Mitglieder des JHA erinnern an die Zeit der Einrichtung der JBA und des Misstrauens bezüglich eines konkreten Mehrwertes. Daher hatte man eine Darstellung der aktuellen Arbeit, Kooperationen, Ergebnisse und Verbesserungsideen erwartet. Dies war jedoch nicht Inhalt der Präsentation. Mitglieder des Ausschusses gaben zu bedenken, dass die Kooperation der einzelnen Akteure nur defizitär stattfände.

Verabredung: Es wird ein Folgetermin mit den Kooperationspartnern gewünscht. Die Situationen und Problemlagen, in denen sich junge Menschen befinden, sollten nochmal benannt werden. Auch eine Analyse von außen wurde als sinnvoll angemerkt. Es gibt konkrete Fragestellungen der Ausschussmitglieder, auf die Antworten erwartet werden.

Herr Reimann schlägt vor, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung nochmal mit der Thematik befasst und ein tiefgreifender Bericht im Herbst hier nachgereicht wird.

Herr Pfeiffer erkundigte sich im Ausschuss, ob ein Gutachterverfahren erwogen werden sollte, die wurde jedoch verneint. Eine Qualifizierung der Evaluation solle im Unterausschuss erfolgen.

zu 4.2 Kinderschutzbericht - Präsentation zum Berichtsjahr 2023

Herr Kelch hat eine PPP (**Anlage 2**) vorbereitet und der Kinderschutzbericht wurde allen vorab per Mail zur Verfügung gestellt, welcher im Ratsinformationssystem (RIS) abrufbar ist. Er erläutert, dass „Frühe Hilfen“ immer „Frühe Hilfen nach dem Bundeskinderschutzgesetz“ meint. Die konkret dargestellten Inhalte sind in der PPP nachvollziehbar.

Wenn es in einer Familie mehrere Kinder gibt, werden alle Kinder einzeln einer Risikobewertung unterzogen. Die Bewertung kann auch different für jedes Kind enden. Leider wird der Familienbegrüßungsdienst nur noch von 40 Prozent der Eltern mit erstgeborenen Kindern genutzt, obwohl es zu Beginn 90 Prozent waren. Der Fragebogen des Familienbegrüßungsdienstes gibt auch Aufschluss über viele Befindlichkeiten der Eltern. Herr Kelch machte diesbezüglich deutlich, dass diese Daten auch noch einmal ergänzend ausgewertet und behandelt werden könnten.

Rückfragen: Es wird gefragt, ob der Aufwuchs von Kinderschutzfällen überdurchschnittlich hoch ist. Herr Kelch meint, dass dies nicht so klar beantwortet werden kann, da auch die Anzahl aller jungen Menschen zunahm. Dazu müsste man prozentuale Angaben vergleichen und ggf. Daten im Brandenburger Vergleich ansehen. Er bietet an, dass dies zur Jahresmitte nochmal angefragt werden kann.

Es wird nach Verbesserungspotential gefragt.

Herr Kelch hebt hervor, dass der Führungswille zur Förderung eines umfassenden Kinderschutzes in der Geschäftsbereichsleitung von großer Bedeutung ist. Er betont, dass er dies in der Vergangenheit bereits erlebt hat und dass es weiterhin Raum für Verbesserungen gibt. Herr Kelch betonte, dass er aufgrund der Vielzahl von Aufgaben, nicht allein bewältigen kann. Daher hofft er auf die Schaffung einer weiteren Stelle für diesen Bereich.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (JHA) fühlen sich in Bezug auf

Weiterbildungen vom Jugendamt vernachlässigt. Es bestehe darüber hinaus seit längerem Klärungsbedarf über die Aufgaben und Bedeutung der insoweit erfahrenen Fachkräfte. Zudem sollte mehr Aufmerksamkeit auf die Betreuung von Kindern mit Behinderungen gelegt werden.

Herr Kelch betont, dass auch Kinder mit Behinderungen betreut werden. Jedoch seien die beteiligten Einrichtungen nicht immer in der Lage, eine vollständige Integration zu gewährleisten. Die freien Träger möchten sich mit Herrn Kelch treffen, um über diese Themen ausführlich zu diskutieren. Sie möchten zudem, dass ihre Kinderschutzberatungen in den offiziellen Statistiken berücksichtigt werden. Herr Kelch ist dazu bereit, betont jedoch, dass seine vorherigen E-Mail-Anfragen oft ohne Antwort blieben. Verabredung: Das Thema wird im Unterausschuss Jugendhilfeplanung nochmal aufgerufen.

Es gibt Interesse an Papierexemplare des Rahmenkonzeptes Kinderschutz. Der Bedarf soll der Verwaltung angemeldet werden.

zu 4.2.b Anfrage zum Krisendienst

Her Pfeiffer erläutert, dass 9 zusätzliche Stellen für den Krisendienst bewilligt wurden. In der letzten Woche wurden 4 Stellen besetzt, 2 weitere sind in der Anwerbungsphase. Es gab auch 2 Interessent*innen aus der Mitarbeiterschaft heraus. Im zweiten Quartal wird mit der Arbeit des Krisendienstes gestartet, vollumfänglich ab dem 01.07.2023.

Ein zentraler Standort in der Innenstadt wird gesucht, die Umsetzung ist noch im Prozess.

Rückfragen: Wie ist die Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen des Fallmanagements geplant?

Herr Pfeiffer erklärt dazu, dass der Krisendienst die Aufnahme übernimmt und eventuell die Inobhutnahme (wenn das Kind noch kein Fall ist). Die konkrete Fallarbeit wird jedoch von den Regionalteams durchgeführt.

Auf die Frage, ob die neun zusätzlichen Stellen ausreichen, kann derzeit keine definitive Antwort gegeben werden. Der Krisendienst entlastet die Personen, die die Fallarbeit durchführen, aber ob dies ausreicht, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht bestätigt werden.

Für die Sozialarbeitenden wird eine spezifische Untersuchung durchgeführt. Ziel ist es, eine dynamische Personalbedarfsplanung zu entwickeln. Dafür wird ein umfangreiches Prozessmodell erstellt, das unter anderem aufzeigt, wie viel Arbeitszeit für welche Prozesse benötigt wird und welche Prozesse optimiert werden können. Dieses Modell wird zeitlich strukturiert sein. Es ist ein komplexer Prozess, der auf digitalen Daten basiert und die Mitarbeitenden so wenig wie möglich belasten soll. Insgesamt werden wahrscheinlich 30 Workshops durchgeführt.

Die Mitglieder des JHA betonen, dass diese Untersuchung nur den aktuellen Zustand (IST-Zustand) darstellen kann. Sie fragen aber, was mit dem angestrebten Zustand (SOLL-Zustand) ist? Sie erinnern daran, dass Geld für

einen Städtevergleich ausgegeben wurde und fragen, was mit diesen Daten geschehen ist. Könnten sie nicht für die inhaltliche Gestaltung genutzt werden? Herr Reimann beendet die Diskussion. Es wird überlegt, ob die vergleichenden Daten noch bei jemanden vorliegen. Herr Pfeiffer ergänzt, dass bei der Prozessmodellierung durchaus ein SOLL-Zustand kreiert werden soll - mit den Mitarbeitenden.

PAUSE 18:08 bis 18:18 Uhr

Herr Reimann kündigt an, dass der die Tagesordnung wie folgt ändern möchte: Herr Svejda wird mit TOP 7.1 vor Top 5 gezogen. Danach wird der nichtöffentliche Teil eingefügt, da für beide TOPs Gäste da sind, die nicht so lange warten sollen.

zu 4.3 Botschaft des Landes – Schrittweise Fortsetzung der Kita-Rechtsreform

Die Landesregierung hat am 4.4.2023 über die Fortsetzung der Kita-Rechtsreform informiert und das MBSJ gab Informationen am 11.04.2023 an die Jugendämter weiter. Am 20.04.2023 fand dann ein Workshop mit den Jugendämtern statt (weitere Runde Ende Mai geplant).

Ergebnis: Reformprozess soll schrittweise fortgesetzt werden. Die Landesregierung hat dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport des Landtages Brandenburg einen entsprechenden Bericht vorgelegt. Folgende Themen sollen in Teilschritten bearbeitet werden:

- Datenschutz (Statistik, Datenerfassung, -verarbeitung, -übermittlung, Datenschutz sowie Umsetzung GAFÖG),
- Erlaubnis und Aufsicht,
- Qualität und Aufgaben,
- Fachkräfte (soll neu ins KitaG, Qualifizierung und Umfang der Tätigkeit),
- Beteiligung,
- Ganztage,
- Grundsätze der Kindertagesbetreuung,
- Rechtsanspruch und Gewährleistung,
- Bedarfsplanung sowie
- Kinderschutz und Gesundheit

Es wird mit den Themen „Datenschutz“ und „Fachkräfte“ begonnen. Die Reform der Kindertagespflege soll zum 1.8.2023 gelten (am 25.4.23 im Kabinett). Ab Ende Mai erfolgt das Verbändeverfahren (LHP erarbeitet aktuell ein Votum).

Mitglieder aus der Kita-Trägerschaft unterstreichen, dass sie die Prioritäten aus ihrer Perspektive für falsch halten und darüber sehr verwundert sind. Heute fand der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (ABJS) statt, bei dem Kita-Träger und Eltern, auch aus Potsdam, beteiligt waren. In den Kitas gäbe es viele Probleme, die Situation sei angespannt und dies hänge nicht mit dem priorisierten Datenschutz zusammen. Etwa ein Viertel der Mitarbeitenden ist krankheitsbedingt ausgefallen.

Frau Karl erhält das Wort von Herrn Reimann und ergänzt, dass eine Lösung hauptsächlich in der Finanzierung gefunden werden muss. Hier fehlt jedoch Klarheit, was auch von anderen Kommunen vermisst wird. Generell wird erwartet,

dass die Beitragsfreiheit für Kitas eingeführt wird.

zu 4.4 Ausstellung „Bildungsarbeit in Kitas“ im MBS

Am 17.04.2023 erfolgte die Eröffnung der Ausstellung „Bildungsarbeit in den Kitas – ein Auszug aus den letzten Jahren“ im Haus 1 des MBS (Heinrich-Mann-Allee). Die Exponate sind sichtbare Beispiele für die gute frühkindliche Bildungsarbeit in Brandenburger Kindertageseinrichtungen. Elf Kitas aus Brandenburg beteiligen sich mit Bildern, Figuren und Projektbeschreibungen an der Ausstellung. Aus Potsdam haben zwei Kitas mitgewirkt.

Alles kann online besichtigt werden unter:

<https://mbs.brandenburg.de/wir-ueber-uns/veranstaltungen/ausstellung-bildungsarbeit-in-kitas-bildergalerie.html>

zu 5 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Ströber stellt die wichtigsten Fakten aus der Sitzung am 20.04.2023 vor (**Anlage 4**).

AG Kita

Frau Frenkler erläutert, dass das Problem der fehlenden Fachkräfte Thema war. Außerdem wurde diskutiert, dass die Kinder mit besonderen Bedarfen zu spät ihr Geld bekommen. Die Elternbeitragsordnung soll im Mai in der Stadtverordnetenversammlung sein und würde anschließend in den JHA überwiesen werden. Es soll aber laut Aussagen des Fachbereiches 23 in der JHA-Maisitzung eine Vorbehandlung erfolgen, um einen Sofortbeschluss in der Stadtverordnetenversammlung zu erreichen.

Die Kita-Portal Vergabe erfolgt am 12.09.2023 und danach werden die freien Träger endlich einbezogen.

AG HzE

Die AG HzE hat nicht getagt.

AG JuFö

Die AG JuFö hat nicht getagt.

zu 6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche fasst die Themenvielfalt zusammen:

Sie haben das kostenfreie Schülerticket (Veranstaltung, die Ron Bulgrin unter

3.1. beschrieb) unterstützt. Am 15.05.2023 wollen viele Kitas und Eltern auf den drohenden Kita-Kollaps hinweisen und daraus ist eine Kampagne entstanden. Viele Kitas haben sich dazu Aktionen überlegt, fast alle Träger machen mit. Die Großveranstaltung im Lustgarten startet ab 10:00 Uhr und wird der größte Morgenkreis der Stadt. Alle sind eingeladen.

zu 7 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 7.1 **Evaluationsbericht Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Frauen und besonders Schutzbedürftiger vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete der LHP**

Vorlage: 23/SVV/0061

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Herr Svejda stellt sich kurz als Bereichsleiter Soziale Wohnhilfen vor. Die Unterkünfte für Geflüchtete sind in seiner Regie. Bis Januar 2023 lag die Evaluation fristgemäß vor und geht nun durch die Ausschüsse. Dafür hat er eine PPP dabei (**Anlage 3**), die er gekürzt vorstellen will, vor allem hinsichtlich des Kinderschutzes. Die konkreten dargestellten Inhalte sind in der PPP nachvollziehbar. Der Kontakt zur Verwaltung geht nicht über die Kinderschutzhotline sondern über die Kolleg*innen der Regionalen Jugendhilfe, die Vor-Ort-Akteur*innen bekannt sind.

Rückfragen: Was muss nachgesteuert werden, damit alle ein Schutzkonzept haben? Herr

Svejda antwortet, dass dies bei einer Neuausschreibung gefordert werden wird.

Sind die neu zu errichtenden Einrichtungen barrierefrei? Antwort: Ja, einen Aufzug wird es

immer geben (barrierearm), aber ob es immer barrierefreie Duschen gibt, lässt sich aktuell

nicht zusichern. Hier ist man noch in den Planungen.

Ist die Beschwerdestelle langfristig gesichert? Antwort: Bis Ende des kommenden Jahres

besteht finanzielle Sicherheit, aber darüber hinaus nicht.

Welche Ehrenamtskoordination ist gemeint? Antwort: Das meint keine neue Stelle nur dafür,

aber es gibt jetzt eine Stelle für die Ortsteile und diese hat auch die Zuständigkeit für das

Thema Ehrenamt erhalten.

Welche Einrichtungen werden baulich angepasst und bekommen damit eine neue Qualität? Antwort: Man kann auch bestehende Aufträge verlängern durch eine Auftragsverlängerung, damit man Zeit hat, um eine neue Ausschreibung gründlich vorzubereiten. Grundsätzlich will man schnell sein, hat aber nicht immer einen großen Spielraum.

Wird die Hausordnung gemeinsam mit den Bewohnenden gelesen und ist das dann das zentrale Gespräch zum Gewaltschutz? Wie wird das Thema den jungen Menschen vermittelt? Täter, die die Einrichtung verlassen müssen, gehen dann oft in die nächste Einrichtung mit Familien und das Problem entsteht erneut.

Wie kann das gelöst werden? Antwort: Da man kann man dennoch nicht den Unterbringungsanspruch auflösen. Die wird man immer haben und das soll sich

lösen lassen, indem man keine großen Räume/Zentren schafft.

Es wurde Kritik geäußert, dass die Größe der Räume für Kinder und Familien lediglich einen Mindeststandard darstellt, insbesondere angesichts der hohen psychischen Belastung. Darüber hinaus wurde angemerkt, dass die Aufenthaltsdauer von bis zu 8 Jahren zu lang ist, da sie die Chancen auf Arbeit und eigene Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt einschränkt. Zudem wurden Bedenken hinsichtlich der Standorte, wie beispielsweise Groß Glienicke, geäußert, da sie weit entfernt von kindgerechter Infrastruktur liegen.

Als Antwort wurde darauf hingewiesen, dass einige Wohnungen (z.B. Am Stern) sehr groß sein werden und somit den Bedarf decken können. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass an einigen Standorten pädagogisch begleitete Eltern-Kind-Gruppen in benachbarten Gebäuden etabliert werden. Was kann so eine Beschwerdestelle tun kann, ist noch nebulös und es wird vermutet, dass sie nicht viel lösen kann. Antwort: Das hatte sich der Migrant*innenbeirat gewünscht. Es gab bereits erste Gespräche dazu, u.a. mit Kolleg*innen, die dabei unterstützen können.

Es wird gefragt, an welchem Ort man die Details noch intensiver klären kann und die Jugendhilfeträger dazu eingeladen werden. Herr Svejda bekommt das als Idee mit.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt zur Kenntnis:

Gemäß Beschlussfassung vom 04.05.2022 soll bis Januar 2023 ein Evaluationsbericht der „Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Frauen und besonders Schutzbedürftiger vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete der Landeshauptstadt Potsdam“ erfolgen, die am 31.01.2018 durch den Beschluss 18/SVV/0034 festgelegt wurden. Dabei sollen die Migrationsbeauftragte, der Migrant*innenbeirat, das Autonome Frauenzentrum, die Kinderschutzbeauftragte und die Betreiber*innen der Gemeinschaftsunterkünfte einbezogen werden.

Die Evaluation ist zwischenzeitlich erfolgt, die angemerkten Institutionen wurden dabei beteiligt. Der abschließende Bericht liegt dieser Vorlage als Anlage bei.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 8 Sonstiges

keine Wortmeldungen